

*Für Katrin Jadin war 2015 auch ein Jahr, in dem ein „Mangel an Menschlichkeit“ deutlich wurde. Im Interview spricht die 35-jährige PFF-Präsidentin und Kammerabgeordnete über ihre persönlichen Highlights, die Arbeit der Föderalregierung und ihre politische Zukunft.*

Wenn Sie auf das Jahr 2015 zurückblicken, was ist Ihnen am meisten in Erinnerung geblieben?

Der Rückblick erfolgt immer auf mehreren Ebenen, weil wir Liberale ja auch überall vertreten sind. Aus Sicht der DG war sicherlich die mit dem Föderalstaat ausgehandelte Refinanzierung eine wichtige Errungenschaft. Das Gleiche gilt auch für neue Kompetenzen, die die DG erhalten hat.

Und speziell als Föderalabgeordnete...

...ist man natürlich betroffen aufgrund der Ereignisse weltweit, der zunehmenden Unsicherheit und wegen des Mangels an Menschlichkeit. Das ist uns 2015 schlagartig bewusst geworden und stellt uns vor neue Herausforderungen. Viele Fragen müssen jetzt gestellt und beantwortet werden: zur Einwanderungspolitik, zu Themen der Sicherheit.

Für die MR als einzige frankofone Regierungspartei war es ein schwieriges Jahr.

Es war interessant, aber anstrengend. Vieles, was wir angepackt haben, war nicht einfach, musste aber sein, weil dies in der Vergangenheit schlichtweg verschlafen worden ist. Nehmen Sie die Pensionsreform: eine sensible Sache, aber dringend notwendig. Nicht einfach auch, weil hier auch vorsätzlich falsche Informationen gestreut wurden.

Ziemlich umstritten war nicht nur die Pensionsreform, sondern auch die Steuerreform, der sogenannte Tax Shift.

In den kommenden Wochen werden wir bereits erste Resultate dieser Steuerreform sehen. Sie wird kleineren Einkommen Luft verschaffen. Das ist für uns von großer Bedeutung und macht deutlich, dass die Föderalregierung auch sozial orientiert ist, weil sie kleine Einkommen aufbessert. Das ist aber noch nicht alles, denn beispielsweise haben wir auch das Statut von Selbstständigen aufgebessert. Man sieht, dass die Impulse der Föderalregierung wirken, Arbeitsplätze geschaffen und Perspektiven kommender Generationen gesichert werden.

Sie sprechen von einer sozial orientierten Regierung. Die Gewerkschaften sehen das sicherlich etwas anders. Ist der Sozialdialog nach den Diskussionen rund um den Bahnstreik eigentlich noch zu retten?

Im Süden des Landes richtet sich der Ärger sehr schnell allein gegen die MR, weil sie nun mal die einzige frankofone Partei ist, die in der Regierung vertreten ist. Wir haben den Sozialdialog immer befürwortet, und dieser hat auch 2015 in vielen Bereichen zu guten Ergebnissen geführt. Es bleibt das beste Instrument, um Reformen durchzusetzen. Dass das aber nicht immer klappt, sehen wir zurzeit bei den Reformplänen der Staatsbahn SNCB.

Wo der Bahnstreik doch deutlich gemacht hat, dass das Tischtuch zwischen Gewerkschaften und Regierung zerschnitten ist.

Bei der SNCB gibt es sehr viele Privilegien. Die SNCB ist zudem hoch verschuldet. Wenn sie durch den Staat finanzierbar bleiben soll, muss sie ein Audit zulassen und Einsparungen vornehmen. Übrigens sind die Gewerkschaften in dieser Frage ja auch gespalten, wie der Streik gezeigt hat. Das stimmt mich traurig. Doch dafür ist der Sozialdialog nicht noch lange gescheitert.

Bei der Beurteilung der föderalen Ministermannschaft schneiden Verkehrsministerin Jacqueline Galant und Umweltministerin Marie Christine Marghem, beide von Ihrer Partei MR, schlecht ab. Wie bewerten Sie deren Arbeit?

Sie haben sicherlich keine einfachen Ressorts und zudem auch Eigenheiten, sowie einen Charakter, der sie manchmal nicht vorsichtig genug sein lässt. Manche Entscheidungen sollte man eher zweimal überdenken. Das war aber bei ihnen nicht immer der Fall. Ich denke, sie haben aus den Fehlern gelernt.

Sie sprechen von schwierigen Ressorts: Hat die MR bei der Regierungsbildung möglicherweise schlecht verhandelt und sich diese schwierigen Kompetenzbereiche aufschwätzen lassen?

Ich war nicht bei den Verhandlungen dabei. Aber dass wir den Premierminister stellen dürfen, ist historisch und ein sehr wichtiges Instrument bei der Regierungsarbeit. Charles Michel leitet die Regierungsmannschaft sehr gut und sorgt für Ausgeglichenheit. Natürlich sind Ressorts, in denen Reformen in den letzten Jahren verschlafen worden sind, immer schwierig. Und das gilt nun mal für die Bereiche Mobilität und Energie. Trotzdem packen wir es an.

Welches politische Highlight hatten Sie ganz persönlich im letzten Jahr?

Vieles war wichtig, aber heraussticht, wie schon erwähnt, die Refinanzierung der DG, an der auch ich meinen Beitrag leisten musste. Das war wirklich mein persönliches Highlight und mit viel Überzeugungsarbeit und manch schlaflosen Nächten verbunden. Auch meine parlamentarische Arbeit ist sehr abwechslungsreich. Zurzeit möchte ich mich im Bereich Entwicklungshilfe, Inneres und Verteidigung mehr einsetzen und die Arbeit im Sonderausschuss „Dieselgate“ abschließen. Ansonsten wird die Tätigkeit natürlich sehr von der Aktualität bestimmt, an der es 2015 sicherlich nicht gemangelt hat.

Die Kompetenzen des Senates sind nach der sechsten Staatsreform beschnitten worden. Seitdem steht die Einrichtung ziemlich unter Beschuss. Was denken Sie als Kammerabgeordnete über den Senat?

Fakt ist, dass es den Senat noch gibt, und Alex (Gemeinschaftssenator Alexander Miesen, Parteifreund von Jadin, A.d.R.) seine Arbeit dort sehr gut macht. Aber die Rolle des Senates wird im Zuge der Debatte über eine siebte Staatsreform sicher hinterfragt werden, und diese siebte Staatsreform wird kommen. Dann wird man sehen, welche Funktionen der Senat einnehmen kann und wie sich die Teilstaaten da einbringen können.

Sie wollen also eine Neudefinition des Senates?

Ich denke, abhängig von den Diskussionen kann man dem Senat eine neue und interessante Funktion geben. Ich habe zurzeit das Gefühl, dass der Senat nach der sechsten Staatsreform ein wenig in der Schwebe hängt. Die siebte Staatsreform wird die Frage beantworten, ob wir den Senat noch brauchen. Ich persönlich denke, der Senat sollte auch in Zukunft ein Bindeglied aller Teilstaaten sein, aber in einem anderen Maß als heute.

Und wie sieht Ihre persönliche politische Zukunft aus? Werden Sie Bürgermeisterin der Stadt Eupen?

Diese Frage kann und will ich nicht beantworten, weil ich meinem Bürgermeister Karl-Heinz Klinkenberg eine schnelle Genesung wünsche, und alles andere spielt zurzeit keine Rolle.

Spielt es denn eine Rolle, dass ProDG angekündigt hat, mit eigenen Listen in Eupen und Kelmis anzutreten?

Diese Ankündigung hat mich eigentlich wenig überrascht, beeinflusst die Konstellation im Stadtrat - um jetzt mal bei Eupen zu bleiben - zurzeit nicht. Deshalb beschäftigt es mich noch nicht im Moment.

Wie stellt sich die PFF auf im Hinblick auf die nächsten Kommunalwahlen?

Wir werden uns schon in den kommenden Monaten mit den Spitzenkandidaten in den Gemeinden befassen und die verschiedenen Sektionen aktivieren. Das Ziel ist, in den nächsten sechs bis neun Monaten alle Spitzenkandidaten vorstellen zu können.

Von Christian Schmitz

Copyright © 2015 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten